

Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann

„Eine Politik, die unklar ist und auf Dauer schädlich“



Prof. Dr.
Klaus F. Zimmermann,
Präsident des DIW Berlin

Herr Professor Zimmermann, Deutschland hat seinen Arbeitsmarkt nicht unmittelbar für Immigranten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten geöffnet. Es wurden negative Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt und den Sozialstaat befürchtet – war das berechtigt?

Diese Befürchtungen haben sich als völlig falsch erwiesen, das Gegenteil ist der Fall. Die Länder, die sich früh geöffnet haben, haben auch am ehesten profitiert.

Welche Folgen hat diese Politik der Abschottung in Deutschland?

Zunächst hatte man gedacht, man würde durch die Einschränkung der Freizügigkeit die Zuflüsse aus den Beitrittsländern reduzieren. Das Gegenteil ist eingetreten. Es sind nur nicht die Leute gekommen, die für den Arbeitsmarkt nützlich sind, im Gegenteil: Das Bildungsniveau der Zuwanderer hat sich verschlechtert, und es sind überwiegend Geringqualifizierte, die aus vielen Gründen und zum Teil aus diffusen Kanälen kommen.

Wie hat sich die Zahl der Immigranten aus den Beitrittsländern in die alten EU-Länder insgesamt entwickelt?

Es hat sich ein deutlicher Zufluss ereignet, aber er ging primär in die Länder, die deutlich für eine Öffnung plädierten. Das sind insbesondere Irland und England. Insgesamt ist das Qualifikationsniveau der Zuwanderer gestiegen. Die Zuwanderer aus Osteuropa sind deutlich arbeitsmarktnäher, sie sind in höherem Maße bereit, Arbeit aufzunehmen und sie erfüllen häufig die Bedürfnisse, die die lokalen Arbeitsmärkte benötigen.

Könnte Deutschland profitieren, wenn es sich mehr öffnet?

Deutschland müsste ein klares Signal abgeben, dass das Land insbesondere für Fachkräfte offen ist. Im Augenblick besteht das Gefühl einer Politik der geschlossenen Türen. Wir brauchen mittelfristig dringend Fachkräfte. Fachkräfte wandern nicht von jetzt auf nachher, sondern

sie wandern in wohl definierte Zielländer, die eine entsprechende Reputation aufgebaut haben. Es kommt also darauf an, frühzeitig Signale zu setzen.

Haben die Herkunftsländer unter der Abwanderung von Arbeitskräften zu leiden?

Die Belastungen durch Abwanderung in den Sendeländern sind sehr beschränkt, weil es dort ein Überangebot an Arbeitskräften gibt. In Polen etwa sind es insbesondere Qualifizierte aus den ländlichen Räumen, die in den Städten gar keine Arbeit gefunden hätten. Zum anderen sind die Menschen heutzutage nur temporäre Wanderer. Sie kehren saisonal bedingt oder auch mittelfristig, wenn die Konjunktur sich wieder verschlechtert, in ihre Heimatländer zurück und gehen dem Arbeitsmarkt dort nicht dauerhaft verloren.

Exportieren
wollen, aber den
Arbeitsmarkt
geschlossen
halten – das macht
keinen Sinn.

Die Bundesregierung will weiterhin von der Übergangsregelung zur eingeschränkten Freizügigkeit für Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Gebrauch machen. Halten Sie das für die richtige Maßnahme?

Die Übergangsregelungen sind ein Fehler und es wäre besser, sie jetzt zu beenden. Man kann nicht eine Doppelstrategie fahren. Offensichtlich will man einerseits global geschlossen bleiben, andererseits will man heimlich, still und leise die Arbeitsmärkte für Hochschulabsolventen öffnen. Das gilt seit Januar dieses Jahres, aber darüber spricht niemand. Das Signal der Schließung ist das, was bleibt und insofern betreibt man eine Politik, die unklar und auf Dauer schädlich ist.

Wie sollte die deutsche Politik auf die Situation reagieren?

Es wäre sinnvoll gewesen, von Anfang an voranzugehen und die Arbeitsmärkte komplett zu öffnen. Es macht keinen Sinn, als außenhandelsorientiertes Land zwar exportieren zu wollen, sich aber am Arbeitsmarkt geschlossen zu halten. Das Gegenteil ist besser, auch in der jetzigen kritischen wirtschaftlichen Lage.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.